

# Zukunft mit Kosten

**Wasserinfrastruktur** Die Rohre unter der Erde müssen saniert werden – mit hohen Investitionssummen. Wer soll die Kosten tragen? Dazu muss es vor allem zu einem Dialog mit allen Stakeholdern kommen

**Berlin** – Der heiße Sommer hat Verantwortliche in Kommunen für die Infrastruktur unter der Erde sensibilisiert. Es geht ums Wasser aus dem Hahn. Zeitnah haben deshalb der Verband kommunaler Unternehmen (VKU) und der Deutsche Verein des Gas- und Wasserfaches (DVGW) die Tagung »Wasserinfrastruktur – wie erhalten wir den Schatz unter der Straße« am 12. September veranstaltet.

**Viele Herausforderungen** | Die Wasserbranche sieht sich großen Herausforderungen ausgesetzt, sagte *Katherina Reiche*, Hauptgeschäftsführerin des VKU. Demografischer Wandel, Klimawandel, neue gesetzliche Anforderungen und die Digitalisierung verlangen den kommunalen Unternehmen viel ab. Hinzu komme die Aufgabe, dass die Bürger an jedem Flecken Deutschlands gleichwertige Lebensverhältnisse vorfinden sollten.

Allein in den kommenden Jahren werden deshalb drei Viertel der Wasserversorger noch intensiver als ohnehin schon in ihre Infrastrukturen investieren. Einsparungen an falscher Stelle und die sich daraus ergebenden Spätfolgen dürften nicht auf nachfolgenden Generationen verlagert werden.

Die Wasser-Experten machten bei der Tagung deutlich, dass die Branche gewillt ist, die Herausforderungen anzunehmen, doch

die politisch Verantwortlichen müssten diese Bereitschaft auch mit Förderinstrumenten flankieren. Schließlich sei der Wasserpreis meist ein »politischer Preis«, betonte *Karsten Specht*, VKU-Vizepräsident Wasser/Abwasser und Sprecher der Geschäftsführung des Oldenburgisch-Ostfriesischen Wasserverbandes (OOWV). Meistens legten die politisch Verantwortlichen in den Kommunen den Wasserpreis fest.

Dieser sei aber oftmals näher am Wohl der Geldbörse des Bürgers orientiert als an



Der Wasserpreis  
ist meist ein  
politischer Preis.

den technischen Notwendigkeiten. Um die technischen Verbesserungen vorzunehmen, müsste der Bund seine Unterstützung zeigen. Schließlich kann in Zukunft, ähnlich wie bei der Digitalisierung, eine gute Anbindung von Wasserinfrastruktur entscheidend für weitere Ansiedlung sein.

»Die Wasserversorgung muss die realen Kosten abbilden«, erklärte der kommunalpolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, *Bernhard Daldrup*. Um die Kosten zu minimieren, sei auch wichtig, das Verursacher-Prinzip mehr anzuwenden. In Deutschland werde noch zu sehr nach dem End-of-the-pipe-Prinzip gehandelt. Jetzt sei der Zeitpunkt, diese generelle Frage zu klären.

**Kritik am Kartellamt** | Wenig hilfreich bei der Wasserpreis-Diskussion sei das Kartellamt, betonte *Detlef Raphael*, Beigeordneter des Deutschen Städtetages. Am besten sei, das Kartellamt hielte sich ganz aus dem Gebührenrecht heraus. In die gleiche Kerbe schlug auch *Thorsten Beckers*, Professor für Infrastrukturmanagement und Verkehrspolitik an der TU Berlin. Eine Regulierung über das Kartellrecht sei im höchsten Maße ineffizient und kontraproduktiv. Senke der Regulierer die Wasserpreise, so erhöhten sich dadurch nur die Kapitalkosten. Beckers plädiert dafür, Entscheidungen zum Wasser vor Ort durchzuführen. Da Kommunen in den letzten Jahren sehr schlecht behandelt wurden, sollte darüber nachgedacht werden, wie man sie jetzt besser unterstütze.

»Die Trinkwasser-Versorgung wird komplexer«, machte *Specht* deutlich. Diesen

Sommer sei die Infrastruktur an ihre Grenzen gestoßen. Und für die Spitzenverbräuche werden Maßnahmen nötig. Die OOWV, mit einem Gebiet von 8000 Quadratkilometern, verfügt über elf Wasserwerke. Nun baut das Unternehmen eine 40 Kilometer lange Querleitung zwischen Wasserwerken, um künftig Wassermengen verschieben zu können. Auch Querleitungen zu anderen Verbänden werden nötig. Diese Leitungen werden nicht häufig genutzt, können aber in Engpassituationen im Sommer entscheidend sein.

**Problem mit der Dokumentation** | *Dirk Waider*, Vorstand von Gelsenwasser, zeigte die Defizite des Systems auf. »Wie gut wissen wir über die Rohrleitungen Bescheid?« Schließlich lasse die Dokumentation dieser Leitungen vielfach zu wünschen übrig – gerade in ländlichen Regionen. Wie groß ist die Leitung? Welches Material? Welches Jahr? »Die Wasserwirtschaft ist eine Zwei-Klassen-Gesellschaft«, so *Waider*. Manche Unternehmen könnten gute Dokumentationen vorweisen, andere nicht.

*Florian Pronold*, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesumweltministerium (BMU), sagte der Wasserbranche Entgegenkommen zu. Schon bald solle es durch das BMU zu einem Dialogprozess kommen. **al**

– ZfK aus 10/2018 –